

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Für den Achtstundentag? Gegen Militarismus und Brudermord!

Arbeiter und Angestellte! Demonstriert am 1. Mai mit Eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die, nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das Wichtigste und Notwendigste borenthält: Arbeit und Frieden! Der Krieg wurde von der besitzenden Klasse gemacht und für die besitzende Klasse geführt; von den Besitzenden wird der Achtstundentag bekämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht würde. Das erstemal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtstundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweitemal, als Macdonald in Genf sein erlösendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Lösungen zu verhindern gewußt; die Arbeitszeit wird weiter verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, Arbeiter und Angestellte, endlich die Regierungen zu zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern! Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zurufen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nutznießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden! Wir wollen nicht länger die Beute einer Raste sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbehagens und ihres eigenen Glücks das Wohlbefinden und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstört! Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns drückt, solange die Arbeitszeit lang und die Kasernen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen für den Achtstundentag, für Abrüstung, gegen Krieg und Militarismus!

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch machtvolle Demonstrationen einzutreten für den Achtstundentag und den Völkerfrieden. Auch wir richten diesen Appell an Euch! Ihr steht mitten im Kampf um den Achtstundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des unseligen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für Eure alten Forderungen. Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Heerschau der Arbeit werden. Die würdigste Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsauschüssen der ADGB. und den Afa-Ortskartellen im Einvernehmen mit den angeschlossenen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsauschüsse des ADGB. und des Afa-Bundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand in Hand arbeiten ist dabei erforderlich. Gewerkschaftsmitglieder! Beiligt Euch vollzählig an der Mai-Demonstration! Trete ein für den Achtstundentag, für den Völkerfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik. Macht auch in diesem Jahre die Maifeier zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik!

Die Bundesvorstände des ADGB. und des Afa.

Wirtschaftslage und Arbeitslohn.

Der Kapitalismus befindet sich wieder einmal in schweren Nöten. Seine auf den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung gesehten Hoffnungen haben sich zu seinem Leidwesen nicht erfüllt. Schneller als die kapitalistischen Unternehmer erwarteten, waren die Gewerkschaften in der Lage, sich von den schweren Folgen der Inflation sowie den damit verbundenen Mitgliederverlusten zu erholen. Und die in den letzten Wochen angefochtenen Lohnbewegungen in zahlreichen Industrien erbrachten den Beweis, daß sie an ihrer alten Schlagfertigkeit nichts einbüßten. Das ist für die Unternehmer eine unangenehme Enttäuschung. Noch vor kurzem fühlten sie sich nahezu als unumschränkte Gebieter, wobei sie in weitem Umfange in die alten üblen Gewohnheiten verfielen, durch die sie schon früher die Arbeiter aufreizten und in ihren Reihen jene Erbitterung hervorriefen, die selbst in allgemeinen wirtschaftlichen Fragen eine Verständigung erschweren mußte. Hierzu gehörte vor allem die Wiederherbevorkehrung des alten Unternehmerabsolutismus, der es als besondere Gnade betrachtete wenn er sich dazu herbeiließ, mit den Arbeitern zu verhandeln, wobei er ohne weiteres voraussetzte, daß diese sich seinem wohlwogenden, einer höheren wirtschaftlichen Einsicht entsprungenem Diktat zu fügen hatten.

Die organisierten Arbeiter haben dem Unternehmertum nicht den Gefallen getan, sich ihrem Diktat zu fügen, wenn sie auch, dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse gehorchend, manches hinnehmen mußten, was von ihnen unter andern Umständen entschieden abgelehnt worden wäre. Wenn die Unternehmer aber die Schwächung der Gewerkschaften rücksichtslos zu ihrem Vorteil auszunutzen suchten und damit eine sehr kurzfristige Konjunkturpolitik betrieben, so bestand für die Gewerkschaften kein Grund, die daraus folgenden Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter länger hinzunehmen, als der Zwang der Verhältnisse andauerte. Sie mußten zum Gegenschlage ausholen, sowie sich dazu die Möglichkeit bot. Diese kam. Zwar nicht allgemein, aber bald hier, bald da. Sie wurde von den Gewerkschaften benutzt, nicht zum allgemeinen wirtschaftlichen Kampfe gegen das Unternehmertum, sondern zum fortgesetzten Geplänkel überall dort, wo sich die Angriffsflächen boten, gegen die vorzugehen, ein Erfolg in Aussicht stand. Diese Kampfsmethode hat sich bewährt. Es gelang mit ihrer Anwendung, dem Gegner eine ganze Anzahl verlorengegangener Positionen zu entreißen, vor allem: die Tarifverträge aufrechtzuerhalten, den Achtstundentag wieder herzustellen und Lohnerböhrungen durchzusetzen. Wie erfolgreich das Vorgehen der Gewerkschaften insbesondere bezüglich der Arbeitszeit war, geht aus der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im vorigen Jahre veranlaßten Erhebung hervor. Während im Mai noch trotz der schlechten Geschäftslage 33,5 aller erfassten Betriebe im Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, der chemischen Industrie, im Holzgewerbe, in der Metallindustrie, Schuhindustrie und Textilindustrie mehr als 48 Stunden arbeiteten, waren es im November nur noch 24,8 vom Hundert. Seitdem wurden in dieser Richtung weitere Vorteile erstritten, die das Bild wesentlich verbessern.

Das hat im Unternehmertum die Stimmung etwas herabgedrückt. Man glaubte dort, mit den Gewerkschaften leicht fertig zu werden, und sieht sich nun in die Abwehr gedrängt. Kampflös gibt jedoch das Unternehmertum seine gewohnten Profite nicht preis, doch scheint es seiner Sache nicht ganz sicher zu sein. Deshalb versucht es der große Ausschub der Verminderung der deutschen Arbeitgeberverbände mit der Befolgung einer Entschliebung, durch die er die öffentliche Meinung für sich einnehmen und anscheinend auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe vorbereiten will, die bei Aufrechterhaltung des von den Unternehmern vertretenen Standpunktes, jede Lohnaufbesserung der Arbeiter abzulehnen, unausbleiblich sind. Diese Methode ist nicht neu!

Bei dem Vorgehen gegen den Achtstundentag wurde von ihnen in der gleichen Weise verfahren und die Verlängerung der Arbeitszeit mit dem Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage zu rechtfertigen gesucht. Auch in der neuesten Kundgebung wird auf die schlechte Wirtschaftslage, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Schwächung der Kaufkraft auf dem Innenmarkt, das Zurückbleiben der Ausfuhr um 50 bis 60% hinter der Kriegsausfuhr verwiesen, um daran den Schluß zu knüpfen, daß bei solcher Wirtschaftslage eine Erhöhung des gesamten Lohnniveaus untragbar sei, jeder Versuch, der Wirtschaft weitere Lohnerböhrungen aufzuzwingen, für die Gesamtheit des Volkes die schon vorhandenen Gefahren weiter steigern müßte. Selbstverständlich sieht sich das Unternehmertum nur aus seinem besonderen Verantwortungsgefühl, keineswegs etwa aus der Angst vor einer Verminderung seines Profits veranlaßt, die gesamte Öffentlichkeit, die verantwortlichen

Kreise der Gewerkschaften und die Reichsregierung auf die ernststen Folgen aufmerksam zu machen, die nach seiner Ansicht eintreten müssen, wenn das bisherige System staatlichen Lohnzwanges und eines ununterbrochenen Hinaufschraubens der Löhne trotz der fehlenden Wirtschaftsvoraussetzungen beibehalten wird."

Die Arbeiter kennen diesen Text wie seine Verfasser zur Genüge. Die Öffentlichkeit ist darüber weniger orientiert, weil sie von dem Unternehmertum und der ihm ergebenden Presse über die bestehende Wirtschaftslage nur so weit Aufklärung erhält, als es dessen Zwecken dient, in der Regel aber irreführt wird. Eine derartige Irreführung wird auch durch die angeführte Veröffentlichung versucht; denn zum größten Teil ist das Gegenteil wahr, was in ihr behauptet wird. Nach den amtlichen Feststellungen über die Wirtschaftslage hat sich diese gegenüber den Vermonaten wesentlich gebessert, die Zahl der Erwerbslosen ist im ständigen Rückgang begriffen. Der Geschäftsgang in einer ganzen Anzahl Industrien kann als befriedigend, sogar gut bezeichnet werden, obgleich die Bauwirtschaft wegen des eingetretenen Nachwinters noch nicht voll aufgenommen werden konnte. Nur im Kohlenbergbau macht sich ein Konjunkturrückgang bemerkbar, der aber nicht zum wenigsten in den die Ausfuhr hemmenden, noch immer zu hohen Preisen begründet ist. Wichtig ist lediglich, daß die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, arg darniederliegt, was als Folge der von den Unternehmern betriebenen wucherischen Preispolitik und der niedrigen Löhne angesehen werden muß.

Nach den Großhandelsindexziffern des statistischen Reichsamtes sind die Preise in den letzten 6 Monaten des vergangenen Jahres — den Durchschnitt für 1913 = 100 gesetzt — in folgender Weise gestiegen: Getreide und Kartoffeln von 90,1 auf 117,3, Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von 117,2 auf 143,9, Häute und Leder von 106,1 auf 135,2, Textilien von 193,7 auf 209,8, Metalle und Mineralöle von 114,1 auf 130,9; nur die Kohlenpreise sind von 137,7 auf 121,8 zurückgegangen. Dieser Preissteigerung sind die Löhne keineswegs gefolgt. Im Gegenteil bleibt nach den von den verschiedensten Seiten vorgenommenen Berechnungen der Lohnanteil der Arbeiter an den Produktionskosten wesentlich, teilweise zu einem Drittel bis zur Hälfte, hinter dem Stand von 1914 zurück, während der Gewinnanteil des Unternehmertums nicht nur keine Schwächung, sondern fast allgemein eine beträchtliche Erhöhung erfahren hat. Diese Umstände sind es im wesentlichen, die zur Herabdrückung der Kaufkraft der breiten Massen beitragen und die Exportfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen. Nicht zu bestreiten ist, daß auch die hohen Steuerleistungen ihren Teil dazu beitragen. Das Unternehmertum hat es aber bis jetzt sehr gut verstanden, den schwersten Teil dieser Steuerlast auf die Schultern des arbeitenden Volkes abzuwälzen. Deshalb verlohne man die Öffentlichkeit mit Phrasen, die ein Verantwortungsgefühl der Unternehmer gegenüber der deutschen Wirtschaft vortäuschen, das in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Wäre dieses Verantwortungs- und Pflichtgefühl innerhalb der Arbeiterschaft nicht in weiterem Umfange vorhanden, so stände es um die deutsche Wirtschaft schlecht. Die organisierte Arbeiterschaft darf sich deshalb durch die Tiraden des Unternehmertums in ihren Bestrebungen nach Verbesserung ihrer materiellen Lage nicht beirren lassen; denn nur auf der Grundlage einer lebensfähigen kaufkräftigen Arbeiterschaft kann die deutsche Wirtschaft aufblühen und sich vorwärts entwickeln.

Das Organisationsproblem.*

Von Friß Tarnow.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß stand das Organisationsproblem mit im Mittelpunkt der Beratungen. Das Ergebnis war bekanntlich die Annahme der „Resolution Ditzmann“, die in ihrem entscheidenden Teile lautete:

Aus allen diesen Gründen hält der 11. deutsche Gewerkschaftskongreß eine grundlegende Aenderung der bisherigen Gewerkschaftsform und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, zum Beispiel Bergbau, Gütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Bergwerksgerichte, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Lederherstellende und -verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung beauftragt der Kongreß den Vorstand und Ausschub des ADGB., in

* Aus „Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde.

kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.

Für diese Entschließung stimmte zwar nur eine Minderheit der Verbände, die aber die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder verkörperte, so daß sich 4 853 408 Stimmen dafür und 1 925 972 dagegen ergaben während für 636 414 Mitglieder Stimmenthaltung geübt wurde.

Die von mir als dem Referenten zur Organisationsfrage vorgelegte, aber in diesem Teil abgelehnte Resolution bekannte sich gleichfalls zu der Auffassung, „daß die Entwicklung der Gewerkschaften sich in der Richtung des Zusammenflusses zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden vollziehen muß“. Sie erkannte auch an, daß berechtigte Gründe für die Forderung nach einer betrieblichen Abgrenzung der Gewerkschaften geltend gemacht werden können. Jedoch wären auch nach wie vor die Gründe, die für die bisher geltende berufliche Abgrenzung gegolten hätten wirksam; und es hieß dann weiter:

In gerechter Würdigung und Abwägung beider Organisationsstendenz erklärt der Kongreß, daß eine allgemeine, plötzliche und willkürliche Umformung der Gewerkschaften weder zweckmäßig noch durchführbar ist. Nur in organischer Entwicklung unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen und im Ausgleich einander widerstrebender Tendenzen kann die Organisationsform verändert werden, ohne die Einheit der Gesamtbewegung zu gefährden. Der Kongreß lehnt es ab, einen Zwang zur Bildung neuer Organisationsformen auszusprechen, überläßt es vielmehr den einzelnen Verbänden, auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen Veränderungen vorzunehmen, die den Beteiligten als zweckmäßig erscheinen.

Um die vorhandenen Gegensätze und Reibungsflächen zu vermindern, empfiehlt der Kongreß nachdrücklichst:

- a) denjenigen Berufsverbänden, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder vorwiegend in derselben Industrie liegen, den Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Industrieverband;
- b) in Anlehnung an den § 8 der Bundesstatuten den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den beteiligten Verbänden, wonach bereinzelt in fremden Industrien arbeitende Berufsangehörige der für diese Industrie maßgebenden Organisation zugewiesen werden.

Nach der Abstimmung erklärten maßgebende Vertreter von Organisationen, die für die Resolution Ditzmann gestimmt hatten, daß sie dies nur im Sinne einer grundsätzlichen Entscheidung getan hätten, aber ausdrücklich jeden Zwang für die Durchführung dieses Beschlusses ablehnten.

Inzwischen sind fast drei Jahre ins Land gegangen, und der Gewerkschaftskongreß steht wieder vor der Tür. Der Bundesausschuß hatte bald nach dem Leipziger Kongreß zur Durchführung der Resolution Ditzmann eine Kommission eingesezt, die aber bis jetzt zu einem Abschluß ihrer Arbeit noch nicht gekommen ist. Das liegt gewiß nicht an einem Mangel an gutem Willen, denn die Mehrheit der Kommission besteht aus Anhängern der Resolution. Es hat sich aber herausgestellt, daß die von den Gegnern der Resolution in Leipzig geltend gemachten Schwierigkeiten doch größer sind, als mancher der Befürworter angenommen hat. Wie man erst jetzt richtig erkennt, handelt es sich nicht nur um den überhaupt schwer zu überwindenden Gegensatz zwischen den Anhängern der Berufsabgrenzung und denen der Industrieabgrenzung, sondern es ergeben sich auch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten unter den grundsätzlichen Anhängern der Industrieorganisation selbst.

Was heißt Industrieorganisation? Bei der Masse ihrer Anhänger erscheint dieses Prinzip außerordentlich einfach: Für jeden Betrieb nur eine Organisation! Von der Zweckmäßigkeit abgesehen, ist insoweit die Abgrenzung organisatorisch in der Tat sehr einfach. Die Schwierigkeiten indessen beginnen wo es gilt, die Einzelbetriebe zu „Industrien“ zusammenzufassen. In der Regel denkt man dabei an die übliche wirtschaftsstatistische Gruppierung, wonach etwa 15 Industriegruppen unterschieden werden. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen sind aber nicht fest und klar erkennbar, und es ist auch noch keineswegs entschieden, ob dieselben Grundsätze, die für diese statistische Gruppierung maßgebend waren ohne weiteres einem gewerkschaftlichen Organisationsplan zugrunde gelegt werden können. Man muß sich also zunächst einmal darüber klar werden, welches Prinzip für die Abgrenzung der Industrieverbände maßgebend sein soll, was wiederum davon abhängt, worin man die tragende Idee der neuen Organisationsform sehen will. Für die Industrieverbandsform wird angeführt, daß das Interesse des einzelnen Arbeiters an seinem Betrieb größer sei als an seinem Beruf, daß die Gemeinsamkeit des Arbeitsverhältnisses ausschlaggebend für die Zusammenfassung in der Gewerkschaftsbewegung sein müsse. Ganz besonders wird die Konzentrationsbewegung des Kapitals hervorgehoben und auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zusammenschlüsse des Unternehmertums hingewiesen, dem die Arbeiter parallel gruppierte Gewerkschaften entgegenzusetzen müßten. Nimmt man diesen Standpunkt ein, so ist es aber doch praktisch unmöglich, allen Konzentrationen zu folgen, da diese sich vielfach überschneiden. Es gibt wirtschaftliche Zusammenschlüsse, die sich im Rahmen der gleichen Industrie halten (horizontale Konzentration); es gibt andere, die aufeinanderfolgende Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in sich vereinen, sich also über mehrere Industrien erstrecken (vertikale Konzentration); und es gibt wieder andere, die Betriebe der verschiedenen Industrien und Produktionsstufen in einem Konzern vereinigen. Bei den sozialpolitischen Arbeitgeberverbänden ringt das berufliche Prinzip (Zusammenschluß von Arbeitgebern des gleichen Gewerbes) mit dem regionalen (Zusammenschluß aller Arbeitgeber des gleichen Ortes oder Bezirks). Es wird aber notwendig sein, eine Konzentrationsstendenz zum allgemeinen Organisationsprinzip für die Gewerkschaftsbewegung zu bestimmen, wenn nicht ein heilloser Durcheinander entstehen soll.

Man könnte dafür das Konzernprinzip anwenden. Das würde heißen: Für alle Betriebe des gleichen Unternehmers oder miteinander verbundener Unternehmer nur eine Gewerkschaft. Dieses Prinzip wird unter anderem geltend gemacht vom Verband der Staats- und Gemeindefabrikanten, der als Organisationsgebiet alle Betriebe in öffentlicher Hand, gleichviel zu welchen Industriegruppen sie wirtschaftlich gehören, verlangt. Wenn dieses Prinzip allgemein angewandt werden sollte, müßten zum Beispiel die Belegschaften aller Betriebe des Stinnes-Konzerns, ob es sich um Kohlengruben, Maschinenfabriken, Hotels, Zeitungsdruckereien, Schiffahrts- oder andere Unternehmungen handelt, in einer Gewerkschaft vereinigt werden. Diese Art der Konzentration ist in der Wirtschaft jedoch zu vereinzelt, um allgemeines Organisationsprinzip für die Gewerkschaften werden zu können. Dann bleibt noch die Wahl zwischen der horizontalen und vertikalen Konzentration. Das letztere Prinzip hat der Baugewerksbund seinem Organisationsplan zugrunde gelegt, wonach er neben den eigentlichen Baubetrieben auch die der Baustoffherstellung und die Baunebenbetriebe für sich beansprucht. Die meisten Anhänger der Industrieorganisation denken jedoch an die horizontale Zusammenfassung, und auch die Resolution Ditzmann ist offensichtlich von dieser Voraussetzung ausgegangen. Will man diese Form, muß man sich aber auch völlig klar darüber sein, daß daneben nicht auch noch die andern Prinzipien Geltung haben können; zum Beispiel könnten die kommunalen Straßenbahnen, die nach der horizontalen Form dem Verkehrsverbund zugehören müssen, nicht auch gleichzeitig nach dem Konzernprinzip dem Staats- und Gemeindefabrikantenverband zugewiesen werden.

Leider liegen die Dinge nicht so einfach, wie es nach der Resolution Ditzmann erscheinen könnte, nämlich als ob „durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen“ die geplanten Industrieverbände geschaffen werden können. Um Industrieverbände solcher Art zu errichten, bedürfte es keiner besonderen Kongreßbeschlüsse, denn sie sind längst vorhanden. Der Metallarbeiterverband, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Baugewerksbund und andere sind nach diesem Prinzip konstruiert, und die Entwicklung hat ohne besonderen Druck durch die Gesamtorganisation ganz von selbst dahin geführt, daß kleinere Berufsverbände sich solchen Industrieverbänden angeschlossen haben. Worum es sich jetzt dreht, ist eine völlige Neuformierung der gewerkschaftlichen Organisationen, wobei die meisten Verbände erhebliche Mitgliederverschiebungen vornehmen müßten. Einzelne Verbände würden vollständig auseinandergerissen und in so viele Teile zerlegt werden, daß nicht mehr eine Verschmelzung, sondern nur eine Auflösung in Betracht käme. Das ist einer der Gründe, die die Durchführung des Leipziger Beschlusses so außerordentlich schwierig machen.

Ein wesentlicher Vorzug der bisher geltenden Abgrenzung nach Berufen besteht darin, daß es sich hier um ein einfaches Prinzip handelt, das allgemein und überall angewendet werden kann (eine ausdrücklich genehmigte Ausnahme ist nur für den Verband der Eisenbahner gemacht worden, für den betriebliche Abgrenzung aus besonderen Gründen zugebilligt worden ist).

Für die Industrieverbandsform aber ist nach dem seitherigen Verlauf der Verhandlungen kaum zu erhoffen, daß ein ebenso einheitliches Abgrenzungsprinzip gefunden werden könnte. Gelten jedoch mehrere Grundsätze nebeneinander, über deren Anwendung dann von Fall zu Fall zu entscheiden ist, und müssen an Stelle eines allgemein gültigen objektiven Maßstabes subjektive Entscheidungen treten, so ist von vornherein eine unerlöpliche Quelle schwerster Konflikte geschaffen. Dabei muß man stets berücksichtigen, daß der ADGB eine durch Freiwilligkeit zusammengehaltene Verbindung ist. Wo es sich um Sein oder Nichtsein der einzelnen Verbände handelt, darf ein etwaiger Kongreßbeschluss, wenn schon nicht zu erreichen ist, daß er von allen Beteiligten als richtig anerkannt wird, doch wenigstens nicht das Gefühl auslösen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Einem Organisationsplan etwa, der dem einen Verband die berufliche Zusammenfassung beläßt, auch wenn sich seine Mitglieder auf mehrere Industriegruppen verteilen, den andern Verband, der sich in derselben Lage befindet, auseinanderreißen und auf die verschiedenen Industrieverbände verteilen wollte, wohnt nicht die innere überzeugende moralische Kraft inne, um sich durchsetzen zu können.

Ist es schon mißlich, daß für die grundsätzliche Einteilung der Industrieverbände ein allgemein gültiger objektiver Maßstab fehlt, so bleiben aber auch dann noch zahllose Differenzen übrig, wenn im Prinzip die Grenzen jedes Industrieverbandes festgelegt worden wären. Auch wenn der starke Grundsatz „Für jeden Betrieb nur eine Organisation“ nicht aufrechterhalten werden soll, muß doch für jeden Betrieb ermittelt werden, welcher Industriegruppe er zugehört. Der Industriecharakter eines Betriebes ist nun aber in vielen Fällen sehr viel zweifelhafter als der persönliche Beruf des einzelnen Arbeiters, der bisher das entscheidende Merkmal der Organisationszugehörigkeit war. An der Peripherie aller Industriegruppen liegen zahllose Betriebe und Gewerbearten, die zu einem Teil in andere Industriegruppen hineinragen, ohne daß der überwiegende Industriecharakter zweifelsfrei zu erkennen wäre. Schon jetzt zeigt sich, daß die Meinungen der beteiligten Verbände in solchen Fragen einander scharf gegenüberstehen. Beispielsweise wünscht der Metallarbeiterverband für sich den Industrieverband „Hütten- und Metallindustrie“. Es mag auf den ersten Blick absonderlich erscheinen, daß der Fabrikarbeiterverband als Träger der Organisation für die „Chemische Industrie“ Anspruch auf die „Metallhütten“, mit Ausnahme der Eisenhütten, erhebt. In dessen erscheint die Sache in einem andern Lichte, wenn man sich den Produktionsprozeß näher ansieht. Die Gewinnung von Kupfer, Zink und andern Metalle vollzieht sich nämlich ganz anders als der Hochofenbetrieb der Eisenhütte und ist völlig identisch mit dem allgemein üblichen Produktionsprozeß in der Industrie der gesamten anorganischen Chemie. Tatsächlich sind die metallurgischen Werke, in denen durch Auslaugen mit Säuren die Abscheidung der Metalle erfolgt, trotz ihres Namens Betriebe der chemischen Industrie. Dabei wäre hier eine Entschei-

dung noch verhältnismäßig leicht im Verhältnis zu solchen Betrieben, die sich über mehrere Industrien erstrecken. Auch die Angliederung von anderindustriellen Nebenbetrieben kompliziert die Sache. Bei der Abgrenzung für den Bergbau ergeben sich Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß immer mehr dazu übergegangen wird, den Förderbetrieben auch Nebenbetriebe für die weitere Verarbeitung direkt anzugliedern. Der Fabrikarbeiterverband macht geltend, daß nach dem Industrieverbandsprinzip nicht der zufällige Besitz eines Betriebes, sondern die Art der Produktion maßgebend für die Organisationszugehörigkeit sei, daß demnach Kofereien, Teerdestillationen und Ammoniakfabriken als unzweifelhaft chemische Betriebe in den Industrieverband für diese Industrie gehören und nicht von der chemischen Industrie abgetrennt werden können. Der Bergarbeiterverband aber läßt diese Ansprüche nicht gelten und reklamiert solche chemischen Nebenbetriebe des Bergbaues für sein Organisationsgebiet, womit er zweifellos recht hätte, wenn die vertikale Konzentrationsform gelten würde, während der Fabrikarbeiterverband recht hat, wenn das horizontale Zusammenfassungsprinzip zur Anwendung kommen soll. Aus diesem Beispiel lernt man, daß es schlechterdings unmöglich ist, für ein Organisationsystem sowohl das horizontale wie das vertikale Zusammenfassungsprinzip nebeneinander in Kraft zu setzen.

Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, wie ungeheuer schwer die Aufgabe der Kommission für die Ausarbeitung eines neuen Organisationsplanes ist. Glücklicherweise hat sich der Leipziger Kongreß davor bewahrt, bereits die alten Grenzen zwischen den Verbänden aufzuheben, wie manche Heißsporne es wünschten. Gerade weil es für eine Neuformierung an einem allgemeinen Abgrenzungsprinzip, das für alle auftauchenden Streitfälle die Entscheidung in sich selbst trägt, fehlt, müßte ein neuer Organisationsplan bis ins Detail ausgearbeitet sein, bevor er durch einen Kongreßbeschluss als geltendes Recht proklamiert werden könnte. Man wird gewiß keinen Plan finden können, der alle befriedigt; aber was man von ihm auf alle Fälle verlangen muß, ist eine klare und deutlich sichtbare Linienführung. Nichts könnte verhängnisvoller werden, als wenn der nächste Kongreß etwa die alten Zwischenwände im Gebäude des ADGB einreißt, das Aufrichten der neuen Wände aber auf der Grundlage eines ungeklärten Prinzips, das jeder nach seiner Façon auslegen kann, dem frisch-fröhlichen Faustkampf unter den Verbänden überlassen wollte.

Während alle Augen darauf gerichtet sind, wie durch eine Zusammenlegung und Umformung der Gewerkschaften die allgemein als zweckmäßig anerkannte Konzentration der Gesamtbewegung gefördert werden kann, bleibt ziemlich unbeachtet, daß diesem Ziel auch auf einem andern Wege und mit geringeren Schwierigkeiten näherzukommen ist. Der Wille zur Zusammenfassung hat in der Nachkriegszeit am stärksten seinen Ausdruck gefunden durch die Gründung des ADGB an Stelle der früheren „Generalkommission“. Das war nicht nur eine Namensänderung, sondern dahinter stand die wohlwollende Absicht, den losen Zusammenschluß zu einer festen Gesamtorganisation auszubauen. Wenn heute noch viele Gewerkschaftsmitglieder die Bedeutung dieses Vorganges nicht ganz erkannt haben, so liegt das daran, daß der neu geschaffenen Form noch viel an Inhalt fehlt. Die mißlichen finanziellen Verhältnisse der Inflationszeit, die Notwendigkeit, in allen Verbänden alle Kräfte bis zur Erschöpfung für den unmittelbaren Lohnkampf einzusetzen, haben bisher verhindert, die Spitzenorganisation so auszubauen, wie das die Absicht war. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Bund, gemessen an der Größe der Aufgaben, die er als Repräsentant der wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeiterinteressen in Gegenwart und Zukunft zu leisten hat, nur erst ein recht bescheidenes Format erreicht hat. Hier liegen noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten. Ohne gleich an einen „Allgemeinen Gewerkschaftsverband“ denken zu müssen, können doch der Wirkungskreis und die Einrichtungen des ADGB noch erheblich erweitert werden. Dabei ist es möglich, daß dann die einzelnen Verbände an öffentlicher Bedeutung und Selbständigkeit einbüßen und mehr in den Rang von Unterabteilungen der Gesamtorganisation einrücken müssen. Aber das wird leicht zu ertragen sein, wenn auf der andern Seite ein konzentrischer Zusammenschluß aller Kräfte dort in Erscheinung tritt, wo ein Einheitswille der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wirksam geltend gemacht werden kann. Um dahin zu kommen, müßten die zentralen und bezirklichen Einrichtungen des ADGB weiter ausgebaut werden, damit sie in der Lage wären, alle sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen, wirtschaftspolitischen usw. Aufgaben, die allgemeiner Natur sind, und für die heute noch vielfach die Kräfte in den einzelnen Verbänden nebeneinander verzettelt werden, durchführen zu können. Auch das gewerkschaftliche Bildungswesen kann durch eine straffe Zentralisierung durch den ADGB rationaler gestaltet werden.

In der gleichen Richtung würde eine größere Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen bei den einzelnen Verbänden liegen, ohne daß gleich eine mechanische und absolute Einheitlichkeit durchgeführt werden müßte. Indessen wäre es sicher von allgemeinem Nutzen gewesen, wenn der Wiederaufbau der inneren Verbandsstrukturen, die in allen Verbänden nach der Inflationszeit notwendig gewordene Neuordnung des Zeitraums und Unterstützungswezens, nicht, wie es tatsächlich geschehen ist, ohne jede Fühlungnahme untereinander, sondern planmäßig und nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt wäre. Gerade hier zeigte sich besonders deutlich, wie wenig heute noch das Gefühl der organisatorischen Verbundenheit die einzelnen Verbände beherrscht und wie viel Möglichkeiten für eine weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung hier noch zu finden sind.

Wenn die weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung in dieser Richtung verläuft, wird sich vielleicht zeigen, daß die Organisationsform und die Größenverhältnisse der einzelnen Unterverbände überhaupt nicht mehr die überragende Bedeutung haben, die ihnen heute noch zugemessen wird.

Unsere statistischen Feststellungen vom 28. März 1925.

866 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 80 020 nachgewiesen, darunter 6895 Lehrlinge. Arbeitslos waren 9756 oder 10,94% und krank 1749 oder 2,19%. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	50	2834	309	1335	67
Brandenburg	102	9170	721	884	252
Pommern	54	2924	259	383	55
Orensmark	9	428	92	90	15
Sachsen	77	7089	921	1608	193
Sachsen	64	5162	429	456	109
Schleswig-Holstein	37	2426	201	286	62
Hannover	63	3605	212	139	65
Westfalen	29	2093	142	115	62
Essen-Rastau	16	2573	116	262	68
Rheinland	26	3595	170	192	86
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	527	41899	3572	5750	1034
Bayern	76	5890	407	882	132
(Rheinpfalz)	5	143	9	29	7
Sachsen	62	13741	1519	1510	196
Württemberg	25	1643	79	47	44
Baden	14	2132	110	52	40
Thüringen	49	3679	312	402	98
Essen	11	748	68	47	28
Mecklenburg-Schwerin	51	1757	241	242	49
Mecklenburg-Strelitz	8	238	44	46	7
Oldenburg	7	456	45	16	7
Braunschweig	11	761	56	32	16
Anhalt	9	552	50	36	8
Schaumburg-Lippe	3	137	24	3	3
Lippe-Deimold	2	48	6	—	—
Waldeck	1	16	—	1	—
Säbck	1	481	37	26	7
Bremen	1	1024	45	11	17
Hamburg	2	3749	218	168	28
Deutsches Reich	866	79094	6842	9300	1721
Danzig	1	926	53	456	28
Insgesamt	866	80020	6825	9756	1749

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 28. Februar hat sich die Arbeitslosenziffer von 15,85 auf 10,94%, die Krankenziffer von 2,50 auf 2,19% verringert. 106 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis vom 28. Februar stellt sich, nachdem noch 17 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 933 Zahlstellen mit zusammen 81 382 Mitgliedern, darunter 6732 Lehrlinge, waren 12 923 Mitglieder arbeitslos und 2039 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 25. April.

Das schaffende Volk und die Republik.

Die Reichspräsidentenwahl am 29. März wies eine sehr schwache Wahlbeteiligung auf, eine Wahlmüdigkeit, die beweist, wie wenig der Deutsche noch in den politischen Selbstbestimmungsgedanken hineingewachsen ist. Der Deutsche unterscheidet sich von andern Völkern durch das Gedankliche seines Wesens. Der Deutsche ist philosophisch, idealistisch. Darum war er dem alten Obrigkeitstaate ein so bequemes Werkzeug, und der alte Staat entfernte durch sein Obrigkeitstwesen dieses Gedankliche immer weiter vom Politischen.

So wie aber der gewerkschaftliche Kampf des Proletariats nicht nur ein Kampf um eine Besserung der augenblicklichen Lage ist, sondern zugleich ein grundsätzlicher Kampf gegen den Kapitalismus im Sinne einer neuen Kultur, so bestehen auch enge Zusammenhänge zwischen Politik und Idealismus, und nicht der bringt das idealistische Wesen des Deutschen zum Ausdruck, der träumt und sich von politischen Wahlen fernhält, sondern nur, der dieses Wesen durch die politische Tat nach außen in die Erscheinung treten läßt.

Das ist die große historische Stunde, die unserm Geschlechte vergönnt ist, dieses innerliche Wesen des Volkes zu verbinden mit dem äußerlichen Sein, dem Innerlichen den politischen Rahmen zu geben, indem es sich entfalten kann. Jedes Geschlecht hat seine Aufgabe. „Man ist ebenfugot Zeitbürger, als man Weltbürger, Staatsbürger, Hausvater ist“, sagte Schiller. Und dieses Zeitbürgertum hat seine besondere Aufgabe zu erfüllen, wenn es sich um bedeutungsvolle Geschichtswenden handelt, wie die, in der wir leben.

Unter dem Eindruck solcher Weltentwende stand auch Schiller als Zeitgenosse der französischen Revolution, und wir können auch in jener Zeit den Anfang der Revolutionenerbilden, die das ganze vergangene Jahrhundert durchzog und heute besonders gewaltig auf allen Gebieten zum Ausdruck kommt. Von solchen weltgeschichtlichen Stunden verlangte Schiller, der Idealist, dieser ausgesprochenen Träger deutschen Wesens aber, daß der Mensch Partei ergreife und nicht untätig und teilnahmslos abseits sitze. Ein Gesetz des weisen Solon im alten Griechenland verbammte den Bürger, der bei einem Aufstande keine Partei nahm. „Wenn es je einen Fall gegeben hat, auf den dieses Gesetz könnte angewandt werden“, so sagte Schiller hierzu aus, „so scheint es der gegenwärtige zu sein, wo das große Schicksal der Menschheit zur Frage gebracht wird und wo man also, wie es scheint, nicht neutral bleiben kann, ohne sich der strafbarsten Gleichgültigkeit gegen das, was dem Menschen das Heiligste sein muß, schuldig zu machen“. Darum ist die politische Tat eine historisch-sittliche Forderung. Darum ist die Wahlmüdigkeit Pflicht-

vergessenheit „gegen das, was dem Menschen das Heiligste sein muß“.

Am 26. April muß deshalb jeder zur Wahlurne schreiten, damit er durch seine Stimmabgabe für die Republik das Wesen seines Volkes zur politischen Wirklichkeit machen und die historische Stunde beschleunigen hilft. Die Republik ist das typisch deutsche politische Staatsgebilde. Die Reaktion sucht ja so gern das Wesen des deutschen Volkes mit der Monarchie zu verbinden, der Monarchie, die mit ihrem militaristischen Paradegeist und ihrem hölzernen Strammstehen das ausgesprochene Gegenteil des Innerlichen bedeutet. Nur die Republik ist die Staatsform, in der sich Freiheit entfalten kann. Republik kennt nicht ein künstlich aufgesetztes, volksfremdes herrschendes Glied. Republik entwickelt das Höchste aus innen heraus, läßt den höchsten Diener des Staates aus dem Volke werden. Du sollst am Tage der Präsidentenwahl zeigen, daß du solch hohen Gedankens der Freiheit würdig bist!

Deutschlands Größe liegt nicht in der Zeit, die vergangen. „Stürzte auch in Kriegesflammen Deutschlands Kaiserreich zusammen: Deutschlands Größe bleibt bestehen“, so sang Schiller. Weil Deutschlands Größe die Innerlichkeit des Volkes, das Wesen des Volkes bedeutet. Und weil dieses Wesen allein in der Republik zur Entfaltung gelangt, darum bietet die neue werdende republikanische Zeit erst die Möglichkeit, gerade die deutsche Art in ihrer wahren Größe wachsen zu lassen.

Und hierzu ist vor allem das schaffende Volk berufen. Republik ist Leben. Republik ist Regsamkeit. Republik ist Arbeit. Die Freiheit des schaffenden Volkes war es, die auch in Goethe in Venedig das Gefühl der Ehrfurcht vor der Republik erweckte, das er zum Ausdruck brachte mit den Worten: „Es ist ein großes Werk versammelter Menschenkraft, ein herrliches Monument, nicht eines Befehlenden, sondern eines Volktes. Und wenn ihre Lagunen sich ausfüllen, ihr Handel geschwächt wird und ihre Macht gesunken ist, macht mir dies die ganze Anlage der Republik und ihr Wesen nicht um einen Augenblick weniger ehrwürdig“. Darum hat jeder schaffende Mensch am 26. April zur Wahlurne zu gehen und seine Bekennnis zu solch hohem Gedanken von der Republik abzulegen.

Nicht träumen, sondern durch die Wahl eines republikanischen Präsidenten handeln! Das heißt, im Geiste unserer Dichter und Meister die historische Stunde begreifen, die unserm Geschlechte beschieden ist!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Arbeitsgelegenheit.

Arbeitslosen oder reisenden Kameraden bietet sich Gelegenheit, in Stuttgart Arbeit zu erhalten. Es können 50 Zimmerer zureisen. Für Unterkunft ist gesorgt. Kameraden, die zureisen, haben sich zuerst auf dem Verbandsbüro, Eßlinger Straße 19, zu melden.

„Die Praxis des Arbeitsrechts“.

Unter diesem Titel haben Rechtsanwalt Fritz Pick und Regierungsrat Dr. M. Weigert ein Handbuch für die praktische Anwendung des Arbeitsrechts herausgegeben. Das Werk wird vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der es einem Kenner der Materie zur Prüfung vorgelegt hat, bestens empfohlen. Der Ladenpreis ist 12 M. Die Verlagsgesellschaft des ADGB kann es zu einem Vorzugspreis von 9 M abgeben, wenn eine entsprechende Anzahl von Bestellungen eingeht. Für Zahlstellen mit Angestellten, aber auch für größere Zahlstellen wäre das Werk zur Anschaffung geeignet, weil die Vorstände oft in die Lage kommen, Auskunft in Rechtsfragen erteilen zu müssen. Wir bitten daher, falls Zahlstellen das Werk anschaffen wollen, ihre Bestellung baldigst an den Unterzeichneten zu richten.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Ahrensburg, Bokwitz-Müdenberg, Hamburg und Stade.

Gestreift wird in Köslin, Reize, Riesa-Lauchhammerwerk, Schladen, Schmiedeberg (Prov. Sachsen), Straßund, Trebnitz, Torgelow, Wernigerode und Wohlau. **Gesperert** ist in Chemnitz die Baustelle Wolke (Firma Schubert & Salzer), in Köln a. Rh. die Baustelle Thyssen in Knapsack, in Theissen (Zahlstelle Zeik) das Kraftwerk Stinnes.

Ausperrung in Schleswig-Holstein und Hamburg. Ueber die Differenzen in vorgenanntem Gebiet haben wir bereits in Nummer 15 des „Zimmerer“ berichtet. Die Arbeiterverbände haben einen durchaus unbefriedigenden Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und durch Verhängung einiger Platz- und Bausperrn den Kampf eröffnet. Die Absicht der Unternehmer, durch Verbindlicherklärung des Schiedspruches die Arbeiterverbände zur Anerkennung zu zwingen, scheiterte daran, daß ihrem Antrage nicht stattgegeben wurde. Ein Einigungsversuch des Schlichters hatte keinen Erfolg, weil die Arbeiterverbände eine Bindung auf 6 Monate, worauf die Unternehmer bestanden, nicht eingehen konnten. Bemühungen auf einen neuerlichen Einigungsvorschlag, der für drei Monate Geltung haben sollte, sind fruchtlos geblieben, jedenfalls haben die Unternehmer unbeirrt hiervon am 8. April die Ausperrung für das gesamte Gebiet beschlossen und zum Teil am 9. April durchgeführt, nachdem sie zuvor durch eine verlogene Berichterstattung in der bürgerlichen Presse „Stimmung“ für eine Ausperrung zu machen verjucht hatten. Ueber den Umfang der Ausperrung liegen zuverlässige Angaben noch nicht vor. Der Wille der Unternehmer

ist, das ist begreiflich, die Ausperrung auf möglichst alle Betriebe auszudehnen; sie werden dafür auch alle Kräfte einsetzen. Ob sie damit Glück haben, bleibt abzuwarten. Daß durch die Ausperrung, die so knapp vor Ostern eingeleitet hat harte Erbitterung in den Kreisen der bau-gewerblichen Arbeiter hervorgerufen worden ist, kann man verstehen. Eine solche Handlungsweise ist man jedoch von Hamburger Unternehmern gewöhnt, die letzte Ausperrung geschah, wie noch erinnerlich, Weihnachten 1923.

Die Bauarbeiterschaft des Gebietes, einschließlich unserer Kameraden, wird den Kampf mit den Unternehmern aufnehmen und ihn mit Geschlossenheit und Siegeszuversicht führen, die sie bislang in allen Kämpfen bewiesen hat. Daß die bau-gewerblichen Unternehmer zu diesen Kämpfen durch die Industrie- und Wertgewaltigen angeregt sind und unterstützt werden, dürfte nur zur Folge haben, die Arbeitererschaft noch fester zusammenzuschweißen, damit sie als Sieger aus diesem Ringen hervorgehe.

Streik in Köslin. Nachdem die bezirklichen Verhandlungen für Pommern wieder gescheitert sind, hat die Zahlstelle zur Lohnfrage Stellung genommen. Sie fordert Erhöhung des Lohnes von 72 auf 86 M . Da örtliche Verhandlungen ohne Erfolg waren, wurde die Einstellung der Arbeit beschlossen.

Streik im Lauchhammerwerk (Zahlstelle Riesa). Das Lauchhammerwerk unterhält eine eigene Bauabteilung, es beschäftigt Maurer, Zimmerer und Baugleicharbeiter, zahlt ihnen aber nur den niedrigeren Lohn der Metallarbeiter. Unsere Kameraden haben gemeinsam mit den andern Arbeitern gefordert, daß die im Baugewerbe üblichen Löhne gezahlt werden. Die Werkleitung hat sich ablehnend verhalten; darauf erfolgte Einstellung der Arbeit.

Gescheiterte Verhandlungen in Pommern. Am 24. März war durch eine vereinbarte Schlichtungsstelle der Lohn für die Provinz und für Stettin festgesetzt worden. Die Unternehmer hatten dieser Lohnfestsetzung nicht zugestimmt. Von Arbeiterseite wurde die Verbindlicherklärung beantragt. Am 6. April fanden Verhandlungen beim Schlichter statt. Hier erklärten die Unternehmer, daß sie den Lohn nach dem Schiedspruch nicht zahlen, aber zu dem bisherigen Lohn 2 M zulegen würden. Die Arbeitervertreter lehnten eine Verständigung auf dieser Grundlage ab. Der Schlichter nahm von einer Verbindlicherklärung Abstand. Damit sind die bezirklichen Verhandlungen als endgültig gescheitert zu betrachten. Die Zahlstellen werden nunmehr örtlich zur Lohnfrage Stellung nehmen.

Neue Lohnverhandlungen in Mecklenburg. Die am 26. März getroffene Lohnfestsetzung ist abgelehnt worden. Am 6. April fanden neue Verhandlungen statt. Die Unternehmer waren zu einem Entgegenkommen nicht bereit. Am Ende kam eine Vereinbarung zustande, wonach der für den Monat Mai festgelegte Lohn bereits vom 3. April an ausbezahlt wird. Eine höhere Lohnzahlung für Monat Mai lehnten die Unternehmer ab. Bis zum 14. April haben die Zahlstellen über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden.

Lohnvereinbarung in Freienwalde. Das Gebiet der Zahlstelle fällt nicht unter die bezirkliche Vereinbarung für die Provinz Brandenburg. Die örtliche Vereinbarung wurde durch die Unternehmer sehr erschwert, so daß die schärfsten Maßnahmen erwogen werden mußten. Am 31. März ist aber doch noch eine Vereinbarung zustande gekommen die bestimmt, daß vom 27. März bis 30. April der Stundenlohn 80 M vom 1. Mai bis 9. Juli 85 M beträgt.

Lohnvereinbarung in Swinemünde. Den für Pommern festgesetzten Lohn zu zahlen, weigerten sich die Unternehmer. Unsere Kameraden hingegen war der Stundenlohn von 86 M zu gering. Durch örtliche Verhandlung wurde dann vereinbart, daß der Stundenlohn 90 M beträgt und 1 1/2 M für Werkzeug gezahlt wird.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hohennußfen. Am 22. März fand in Oberwerschen eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch der Gauleiter, Kamerad Laue, anwesend war. Der Vorsitzende gab den Bericht von der Gaukonferenz in Leipzig. Dann schilderte er den Gang der Lohnverhandlungen, die auch für die Zahlstelle Hohennußfen einen guten Erfolg brachten. Der Stundenlohn beträgt vom 12. März an 83 M , vom 2. April an 86 M und vom 15. Mai an 91 M pro Stunde. Kamerad Pörschmann ermächtete alle im Hochbau beschäftigten Kameraden, die Arbeitszeit einzuhalten. Er betonte, daß die Arbeitszeit nur 8 Stunden beträgt und daß es nicht wieder so werden dürfe wie im Vorjahre, wo 9 und 10 Stunden gearbeitet wurde. Hierauf wurde die Entlohnung der im Vergahau Beschäftigten angeschnitten. Sie sei so schlecht, daß die meisten Kameraden wieder im Hochbau arbeiten möchten; aber leider sei noch nicht viel Arbeit vorhanden. Kamerad Hoppe führte an, daß auf Grube Naumburg die Aussicht bestünde, den Lohn zu verbessern. Es soll dann eine Besprechung unter den Kameraden dabeilbst stattfinden um dann mit der Grubenverwaltung zu verhandeln. Der Gauleiter, Kamerad Laue, sprach über die Aufgaben der Organisation. Er legte ihren Zweck und ihre Ziele klar, die während der Inflationszeit aufs schwerste betroffen waren. Auch unser Verband habe Mitgliederverluste zu verzeichnen. Er streifte ferner die Entwicklung der Löhne und bemerkte, daß sie nur dem Wirken der Organisation zu verdanken sei. Er forderte auf, treu zur Organisation zu halten und auch den letzten Mann dem Verbandsbezugzuführen. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Fragen erledigt.

Lahn i. Schl. In einer gutbesuchten Mitglieder-versammlung am 4. April erstattete Kamerad Köhler, Dresden, Bericht von den letzten Lohnverhandlungen; er forderte zum unbedingten Festhalten am Achtstundentag auf. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Der Versammlung schloß sich ein gemütliches Beisammensein an.

Treptow. Am 20. März fand im neuen Gesellschaftshause unsere Monatsversammlung statt. Anwesend waren

18 Kameraden. Der Vorsitzende gab einen Bericht über den Bezirksstag, der am 22. März in Stettin tagte. Von seiten der Kameraden wurde Beschwerde geführt, daß auf einem Platze noch organisierte Zimmerer mit unorganisierten zusammen arbeiten. Es müsse alles versucht werden, auch diese Kameraden dem Verbands zuzuführen. — Wir müssen einig zusammenstehen; denn wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt. Nur durch festen Anschluß an den Verband können wir etwas Ersprießliches leisten. Es wurde noch beschlossen, einen einmaligen Lokalbeitrag von 50 % zu erheben; zu diesem Zweck werden Lokalmärkte ausgegeben.

Sozialpolitisches.

Gewerkschaften und Handelspolitik. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat durch den Kollegen Eggert eine Untersuchung über die Frage „Schutz Zoll und Freihandel?“ vornehmen lassen. Kollege Eggert geht von der Tatsache aus daß durch den Krieg der Gütervorrat in Deutschland in weitestem Maße verknappt worden ist. Deutschland hat mit Beendigung des Weltkrieges 13 % seines Gesamtgebietes, 14,2 % seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche und 15,4 % seines Ackerlandes verloren; aber seine Bevölkerung verringerte sich damals nur um 10 %. Deutschlands Landwirtschaft, die unser 63-Millionen-Volk ohnehin nicht zu ernähren vermochte, ist in ihren Erträgen gegenüber der Vorkriegszeit um etwa ein Viertel zurückgegangen. Deutschland hat ferner infolge Ausschleudens Eisab-Vorkriegens, eines Teiles von Oberösterreich und durch die Angliederung Luxemburgs an den belgischen Wirtschaftsverband 26 % seiner Steinkohlenproduktion, 34 % seiner Roheisenproduktion, 36,3 % seiner Stahlproduktion, 38,8 % seiner Walzwerkezeugung, 79,5 % seiner Erzlager und 66 % seiner Zinzerge verloren. Würde Deutschland nun eine Hochpolitik betreiben, so müßte diese zu einer weiteren Verknappung der Güter und Preiserhöhung, besonders der Preise für Getreide und Brot, führen. Vor allem werden die durch Schutz zölle künstlich erhöhten Preise ihrerseits wiederum den Preis für Grund und Boden steigern. Den Export hemmen, die ganzen Gesteinskosten erhöhen und insbesondere die Lebenshaltung enorm verteuern.

Die Untersuchung Eggerts ergibt folgende Festlegungen, hinter denen die Gewerkschaften stehen: Das Ziel ist, die Schutz zollbestrebungen des Unternehmertums in Landwirtschaft und Industrie zu bekämpfen und dem freien Weltmarkt zum Siege zu verhelfen. Deutschland hat weltwirtschaftlich einen ungemein schwierigen Stand. Es kann sein über 63-Millionen-Volk von den Erträgen seiner eigenen Landwirtschaft nicht ernähren. Es ist daher auf sein oder Nichtsein zur Einfuhr von Nahrungsmitteln, zur industriellen Gütererzeugung und deren Ausfuhr, zum Anschluß an den Weltmarkt genötigt. Ausfuhr von Industrieerzeugnissen bedingt aber für Deutschland Einfuhr von Rohstoffen. Deutschland bedarf zum Wohle seiner Wirtschaftsentwicklung und zur Erhaltung seiner Bevölkerung der Rohstoffquellen der Welt unter möglichst billigen Bedingungen. Schutz zölle auf Einfuhrwaren bedeuten aber Verteuerung der Güter; sie fordern das Ausland heraus, seinerseits ebenfalls Schutz zollstrafen zu errichten. Eine wohlüberlegte Wirtschaftspolitik muß die Schutz zollpolitik verschärfen und bekämpfen. Deshalb gipfelt die Handelspolitik der Gewerkschaften in folgenden Forderungen: 1. die Güter der Weltwirtschaft durch Beseitigung der protektionistischen Wirtschaftspolitik in allen Ländern den Verbrauchermassen unterzollt zuzuführen. 2. Erstrebung der Höchstleistung der Wirtschaft auf Grundlage des gesetzlichen Achtundvierzigstündigen Arbeitstages. 3. Begünstigung der Entwicklung zu ergiebigster internationaler Arbeitsteilung.

Fort mit den Schutz zöllen in allen Ländern! Reißt die Zollstrahlen nieder hüben und drüben: Gebt die Bahn frei von und zu allen Märkten der Welt, damit sich der Güteraustausch zum Wohle der Völker aufs höchste entfalte!

Her mit der Erfassung der Inflationsgewinne! Der Aufwertungs vorschlag der Regierung ist nun im Reichswirtschaftsrat erörtert worden und hat dort eine herbe Kritik und etliche Verbesserungen erfahren. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben sich bei Abstimmung über eine Resolution, die die Ansicht des Reichswirtschaftsrats wiedergibt, der Abstimmung enthalten. Für ihre Haltung sprach einmal die Tatsache mit, daß der Aufwertungs vorschlag der Regierung den sozialen Gedanken, die Hilfe für die wirklich Geschädigten der Inflation, völlig vermischen läßt. Zum andern muß betont werden, daß die Art und Weise, wie die Regierung die Mittel für die Aufwertung aufbringen will, ebenso unsozial wie die Vernachlässigung der wirklichen Inflationsoffer und für die Gewerkschaftsvertreter einfach unannehmbar ist. Die Mittel sollen nämlich vorzugsweise durch Steuern aufgebracht werden, die ausgerechnet die Massen belasten, die in erster Linie durch die Marktentwertung gelitten haben. Dagegen will man den Besitz verschonen, der sich in Deutschlands schwersten Tagen, während des Krieges und der Inflation, bedeutend vergrößert oder neugebildet hat. Es ist aber nur soziale Gerechtigkeit, wenn dieser Besitz von seinen Gewinnen wenigstens so viel abgibt, um den unglücklichen Opfern der Inflation zu helfen.

Die sozialdemokratische Partei hat im Aufwertungsausschuß bereits einen Antrag auf Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne vorgelegt. Allerdings versuchen die bürgerlichen Parteien alles, um den Besitz zu schützen. Für uns ergibt sich aber die Notwendigkeit, alles zu versuchen, um das Volk vor ungerechten Neubelastungen zu schützen und jene, für die Krieg und Inflation eine große Verreicherungsquelle waren, zur Erfüllung einer Pflicht zu zwingen, die selbstverständlich ist. Also hinweg mit den ungerechten Steuer- und Zollprojekten der Reichsregierung! Erfasst endlich die Kriegs- und Inflationsgewinner!

Rangewerbliges.

Bautätigkeit und Facharbeitermangel. Die von uns in Nr. 13 des „Zimmerer“ mitgeteilten Bestimmungen des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, betreffend Bautätigkeit und Facharbeitermangel, haben aufsehend die „Baugewerkszeitung“ in große Erregung versetzt. Obwohl sie zugeben muß, daß, wenn nach diesen Bestimmungen gehandelt würde, eine Erleichterung zu erwarten wäre, tritt sie ihnen keineswegs bei, sondern weiß bessere Vorschläge zu machen. Man höre:

„Das Wohlfahrtsministerium müßte unter allen Umständen Sorge tragen, daß in seinem Ressort und in allen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der sämtlichen Kommunen sämtliche Bauhandwerker, die durch den Krieg oder durch die Novemberumwälzungen in diese hineingeworfen wurden, zur baldigen Entlassung kommen. Im Baufach sind diese Kräfte nützlicher als in den verschiedensten Dienststellen der Verwaltungen, wo sie doch nichts Halbes, viel weniger Ganzes leisten. Alle Landräte und alle Minister und sonstigen Stelleninhaber, die lediglich ihrer Parteilichkeit die Ämter verdanken, sind an diesen Stellen reichlich überflüssig, zehren am Volk und sind wirklich tüchtigen Kräften im Wege. Für die Gehälter dieser wirklich unnötigen und schließlich auch sehr wenig fähigen, können wirkliche und vollwertige Kräfte dem Lande und dem Volke mehr dienen. Aber auch aus den Betrieben der Straßen-, Klein- und Staatsbahnen, aus dem Personal der großen Warenhäuser, aus dem Voten- und niederen Büropersonal, namentlich der roten Stadtverwaltungen, sollten Maurer und Zimmerer unverzüglich zur Entlassung kommen; für derartige Kosten und Pöschchen genügen ungelernete Kräfte; die Bauhandwerker sind an andern Stellen notwendig. Das größte Hemmnis aber sind die sehr zahlreich vorhandenen sozialisierten Baubetriebe, alle und sämtliche „gemeinnützigen“ Bau- und Wohnungsgesellschaften, die seit ihrem Bestehen lediglich die gelernten Bauhandwerker beanspruchen, ohne irgendeinen Lehrling auszubilden, die dem Staat keinen Pfennig Steuern einbringen und von denen gebildet wird, daß sie das ehrsame Handwerk ruinieren; sie müssen reiflos verschwinden gleichwie die erwähnten Landräte, Minister usw. Dem Handwerksmeister zuzumuten, für eine derartige Wirtschaft, wie solche heute Regel ist, Lehrlinge auszubilden und das sonst in allen Fällen zu Boden gedrückte Handwerk zu „ersuchen“, mehr Lehrlinge einzustellen, läßt wiederum den überheblichen Standpunkt des Ministeriums für Volkswohlfahrt erkennen. Lehrlinge halten kostet das Handwerk schweres Geld, und als Teilertrag sollte man das Handwerk nicht von den ihm zukommenden Arbeiten abdrängen, wie dies durch die Uebertragung der Bauarbeiten an oben genannte Unterwühlungs gesellschaften der Fall ist. Das Handwerk sollte man unterstützen, namentlich vom Ministerium für Volkswohlfahrt aus, damit es in der Lage ist, Lehrlinge zu halten. Zu den Lasten auch noch „erzucht“ werden, muß sich das Handwerk, das auch seinen Stolz besitzt, bedanken.“

Soweit die „besseren Vorschläge“ der Schriftleitung der „Baugewerkszeitung“. Unsere Leser werden sie, auch ohne daß wir uns dazu äußern, richtig bewerten. Nur eine Frage: Ob wohl vor den Novemberumwälzungen die „Baugewerkszeitung“ es gewagt hätte, einen dermaßen überheblichen Ton gegen ein preussisches Ministerium anzuschlagen? Dieser Wutausbruch ist für den „Stolz“ des Handwerks überaus bezeichnend. Dieser hängen; mehr verdient er nicht.

Aus dem Verbands sozialer Baubetriebe. Am 18. März fand, so berichtet die „Soziale Bauwirtschaft“, in Mittenberg in Thüringen eine Weiratsitzung des Verbandes sozialer Baubetriebe statt, an der auch die Mitglieder des Aufsichtsrates teilnahmen. Sie nahm Stellung zur Neugründung der Bauhüttenbewegung und zum fünften deutschen Bauhütten tag. Der Organisationsausschuß legte den Entwurf zu einem neuen Muttergesellschaftsvertrag für Bauhütten nebst Erläuterungen, den Entwurf zu einem neuen Muttergesellschaftsvertrag für Bauhüttenbetriebsverbände nebst Erläuterungen und Vorschläge zur Änderung des Gesellschaftsvertrages für den Verband sozialer Baubetriebe vor. Ellinger erstattete den Bericht des Organisationsausschusses und begründete die vorgelegten Entwürfe. Er teilte mit, daß der Ausschuß zur Bewältigung seiner Arbeit 3 und ein von ihm eingesetzter Unterausschuß 6 Sitzungen abgehalten habe. Der Weirat kam nach eingehender Beratung zu dem Beschluß, daß die Bauhüttenbetriebsverbände aufzulösen beziehungsweise in Bauhütten oder Baustoffproduktbetriebe umzuwandeln seien. An ihrer Stelle sollen Revisionsbezirke des Verbandes sozialer Baubetriebe gebildet werden. Ferner wurde beschlossen die Konzentration des gesamten in der Bauhüttenbewegung arbeitenden Kapitals beim Verband sozialer Baubetriebe anzustreben. Beschlossen wurde außerdem, daß der fünfte deutsche Bauhütten tag vom 14. bis 16. Mai in München stattfinden soll.

Der Aufsichtsrat des Verbandes sozialer Baubetriebe trat nach der Weiratsitzung zu einer besonderen Tagung zusammen. Er nahm den von Herrn Astor erstatteten Geschäftsbericht entgegen und stimmte den vom Weirat gefaßten Beschlüssen über den Neuaufbau der Bauhüttenbewegung und die Abhaltung des Bauhütten tages zu.

Literarisches.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 M., mit Schnittmusterbogen 40 M. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Heft 7 behandelt unter andern Verkehrsfragen. Bezugspreis monatlich 60 M. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Veranstaltungsausschlag.

- Montag, den 20. April:**
Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Prast, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Dienstag, den 21. April:
Dortmund: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32 (Kleiner Saal).
Donnerstag, den 23. April:
Lauban: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus.
Freitag, den 24. April:
Banzen: Nach Feierabend in Büttner's Restaurant, An der Petrikirche. — **Coburg:** Nach Feierabend im Volkshaus. — **Gybfühnen:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Koch. — **Kathenow:** Nach Feierabend im Restaurant Fehre, Wilower Straße 17.
Sonabend, den 25. April:
Afen: Abends 8 Uhr in „Stadt Hamburg“. — **Arnswalde:** Abends 8 Uhr im „Goldenen Bömen“. — **Bergan bei Cella:** Abends 8 Uhr in Rabes Gasthof. — **Draunschweig, Bezirk Wolfenbüttel:** Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Tanne“. — **Dortmund, Bezirk Datteln:** Abends 7 Uhr in der Wirtschaft von Stahlhut. — **Friedland i. M.:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus bei Wienholz. — **Sattinagen-Nuhr:** Abends 7 Uhr bei Rappell, Restaurant „Zum Zeppelin“, Grimelstraße. — **Vienburg a. d. W.:** Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal. — **Wanne:** Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 9.
Sonntag, den 26. April:
Altötting: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Faltermaier in Neudötting. — **Bergan a. Mägen:** Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Zur Weintraube“. — **Sagen:** Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstraße. — **Uecker-münde:** Bei Wilhelm Berndt. — **Neßzen:** Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Sterbetafel.

- Laubsberg a. d. W.** Am 5. April starb plötzlich unser lieber Kamerad und Mitbegründer der Zahlstelle **Ernst Baumgardt** im Alter von 60 Jahren.
Köckitz. Am 29. März starb an den Folgen eines Weinbruchs unser Kamerad **Ernst Achterberg** im Alter von 47 Jahren.
Potsdam. Am 10. März starb an Gehirnschlag unser Kamerad **Hermann Schmidt** im Alter von 65 Jahren.
Sagan. Am 2. April starb unser Kamerad **Hermann Markwardt** an einem Nierenleiden, das er sich im Felde zugezogen hatte.
 Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Breslau.

Alle in Breslau zureisenden Kameraden haben sich, ehe sie sich um Arbeit bemühen, im Zahlstellenbureau zu melden. Nur wer einen Ausweis aus dem Zahlstellenbureau hat, darf Arbeit annehmen. Die Delegierten haben die Anweisung, streng auf diesen Ausweis zu achten. Bis zur Beendigung der gegenwärtigen Lohnbewegung ist Breslau zu meiden. [2,70 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Garz a. d. Oder.

Umschauen verboten! Zureisende Kameraden haben sich beim Kassierer **O. Matzdorf**, Gr. Ziegenstr. 79, zu melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Güstrow i. M.

Alle zureisenden Kameraden haben sich, bevor sie Umschau halten, beim Vorsitzenden **L. Reimer**, Ulrichsplatz 2, oder beim Kassierer **W. Frentz**, Ulrichstr. 1, zu melden. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Mannheim-Indwighafen a. Rh.

Sonntag, den 3. Mai, vormittags 9 Uhr, im Restaurant Peter Stenger, S. 5, 5.

Zahlstellen-Versammlung.

Tagessordnung: 1. Verbandsangelegenheiten, 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren, 3. Vierteljahrsbericht des Vorstandes, 4. Beratung der gestellten Anträge, 5. Lohn- und Tarifbewegung, 6. Verschiedenes. Sämtliche Bezirksführer und Delegierten, eventuell Stellvertreter, haben pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Verbandsbuch sowie das zugesandte Material sind mitzubringen. [2,80 M.] Die Verwaltung.

Zahlstelle Sagan.

Alle zureisenden Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, beim Kassierer **Bernhard Schulz**, Parken bei Sagan, oder beim Vorsitzenden **Paul Guische**, Keplerstr. 58, zu melden. [1,80 M.] Der Vorstand.

Aufforderung!

Der Zimmerer **Theodor Diederichs**, geboren am 19. Januar 1905 zu Eislengerode, erneuert am 9. Juli 1924, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Sufum nachzukommen. Genannt ist von hier ohne Abmeldung abgereift. Sämtliche Zahlstellen werden ersucht, ihn an seine Verpflichtungen zu mahnen. [2,70 M.] Der Vorstand der Zahlstelle Sufum.

Sagen i. Westf.

Die Herberge der Freien Vogtländer befindet sich jetzt Kölner Straße 10, Wirtschaft Marpe. [1,20 M.]